Zeitung der IG Metall-Interessenvertretung bei Volkswagen in Braunschweig

DIE KOMPONENTE

Dezember 2007

THEMEN

Seite 2: ***Porsche: Wie gehts weiter bei VW?*** Seite 3: ***Vereinbarungen zum VW-Weg*** Seite 4: ***Weitere Entfristungen bei der AutoVision in Halle 30*** Seite 5: ***Chancen für bessere Integration von Schwerbehinderten - Alle Auszubildende treffen sich in Wolfsburg*** Seite 6/7: ***25 Jahre KT*** Seite 8: ***Nachwahlen in der VKL*** Seite 9 ***„Die üblen Tricks der Hartz-IV-Schmarotzer*** Seite10 ***Deutschland unter der Käseglocke ...*** Seite11 ***Zukunft braucht Gerechtigkeit - Arbeitsplatzkataster bis Ende November abgeschlossen*** Seite 12 ***Halle 31 soll Standards setzen***

MITTWOCH
05. DEZEMBER 2007
UM 9.00 UHR
AN DER RAMPE HALLE 4

BETRIEBSVERSAMMLUNG

Abbau der Arbeitsbelastungen ist erforderlich!

Ein Schwerpunktthema der letzten Betriebsversammlung war die zunehmende Arbeitsbelastung für die Mehrheit der Kolleginnen und Kollegen. Das hat sich inzwischen auch nicht geändert. Im Gegenteil. Nicht nur Mehrarbeit und 18/21 Schichten, sondern auch verstärkter Personalmangel für die Schichtbesetzung und daraus resultierende Personalverwirbelungen führen zu zusätzlichem Stress.

Chronischer Personalmangel herrscht auch weiterhin im indirekten Bereich, die Anforderungen sind dagegen gestiegen.

Die Planungsrunde ist abgeschlossen, die Eckpunkte sind klar. Alle wissen, dass die Probleme bei dieser Auftragslage nicht sofort zu lösen sind. Aber es müssen schon heute Schritte eingeleitet werden, um die Arbeitsbelastung kurz-, mittel- und langfristig zu verringern und wieder zu einer Arbeitszeit von Montag bis Freitag zurückzukehren.

Tarifliche Veränderungen ab 2008
(HTV1)

- ► **400 Euro** einmalig für die Monate Januar und Februar 2008
- ► **4,1 %** Einkommenssteigerung vom 01.03.08 für 12 Monate
- ► **1,7 %** zusätzliche Einkommenssteigerung ab 01.03.09 für 5 Monate

Der Betriebsrat wird seine Vorstellungen zum Abbau dieser Belastungen darstellen. Wir erwarten, dass Herr Fischer in seinem Bericht erläutert, mit welchen konkreten Schritten die Werkleitung die Probleme angehen wird. Wir sind auf Konzepte des Werkmanagements gespannt, die die Lieferfähigkeit und die Beschäftigung sichern, ohne die Gesundheit der Belegschaft auf Dauer zu gefährden.

Ein offener Brief und alles ist wieder in Butter?

Natürlich wird über die neuesten Entwicklungen zu Volkswagen/Porsche SE informiert sowie über Aktivitäten zur Modifizierung des VW-Gesetzes.

Bei beiden Themen helfen keine Sonntags(Wahlkampf)reden und auch keine ganzseitigen Anzeigen. Taten und Vereinbarungen, die unsere Rechte absichern, sind gefragt. Auf die Aktionen der Belegschaft am 31.10. musste der Porsche-SE-Vorstand reagieren. Auf der Betriebsversammlung sollten wir noch mal bekräftigen, was die Beschäftigten von Volkswagen von dem größten Anteilseigner erwarten.

Uwe Fritsch

Die Belegschaft hat ein Recht zu wissen, wie es bei Volkswagen weitergeht

Die Beschäftigten haben ein Recht auf zeitnahe und umfassende Informationen, wenn es um ihre Arbeitsbedingungen geht. Aus diesem Grunde hat sich der Kollege Bernd Osterloh, Vorsitzender des Gesamt- und Konzernbetriebsrates der Volkswagen AG, auf einer Vollversammlung am 17. Oktober den Fragen der Vertrauensleute gestellt.

Und darum hat der Betriebsrat am 31.10.07 eine Informationsveranstaltung während der Arbeitszeit durchgeführt, an der über 3000 Kolleginnen und Kollegen teilgenommen haben. Die Bilder zeigen Aufmerksamkeit und Besorgnis, aber auch Entschlossenheit, keine Verschlechterungen hinzunehmen.

Auf beiden Veranstaltungen wurde deutlich, dass ein Wegfall der Stimmrechtsbegrenzung und des Entsenderechts des Bundes/Landes im VW-Gesetz einseitig die Aktionäre an einem freien „Kapitalfluss“ unterstützt. Die Interessen der Beschäftigten und der Region bleiben dabei auf der Strecke. Beibehaltung der verbliebenen Mitbestimmungsrechte durch eine Anpassung des Gesetzes sowie eine Anteilserhöhung des Landes Niedersachsen stehen jetzt auf der Tagesordnung.

Kollege Bernd Osterloh erläuterte den Vertrauensleuten, dass die Mitbestimmungsvereinbarung der Porsche SE die bestehenden Rechte der Volkswagen-Beschäftigten in keiner Weise berücksichtigt und warum ein gerichtliches Vorgehen des Betriebsrates notwendig ist. Die Diskussionen und die Betriebsratsinfo haben gezeigt, dass Porsche mit dem Widerstand der Volkswagen-Beschäftigten rechnen muss, wenn Besitzstände angetastet werden sollen.
Das hat offensichtlich auch der Vorstand der Porsche SE so gesehen und musste mit einem offenen Brief an die Volkswagen-Belegschaft reagieren. Das Geld hätten sie sich sparen können. Wir brauchen Vereinbarungen, die unsere Rechte sichern, nicht schöne Worte! Uwe Fritsch

Weitere aktuelle Infos
im Intranet unter
br-bs.wob.vw.vwg
oder im Internet unter
volkswagen.igm-bs.de

Vereinbarungen zum Volkswagen-Weg getroffen

„Es gibt keine Verlierer in diesem Prozess“

Zwischen Vorstand und Gesamtbetriebsrat wurden vier Vereinbarungen getroffen:

- Ergänzung zur Rahmenvereinbarung Volkswagen-Weg
- Kontinuierlicher Verbesserungsprozess (KVP)
- Zielvereinbarungsprozess (ZVP)
- Teamarbeit.

Bei der Ergänzungsvereinbarung geht es um Grundsätzliches. Hierin wird festgelegt, dass auf Grund von Produktivitätssteigerungen niemand die Beschäftigung verliert. Auch das Entgelt ist über die tariflich festgelegten 60 Monate hinaus abgesichert. Außerdem ist eine Regelung über die Verteilung von Effizienzeffekten auf die Standorte in Vorbereitung.

In der KVP-Vereinbarung wird die Vorgehens- und Arbeitsweise festgelegt. Das Ziel, die Gesamtkosten zu senken, soll danach nicht nur durch Optimierung, sondern auch durch Verbesserung von Arbeitssicherheit, Gesundheit, Ergonomie und Erhöhung der Mitarbeitermotivation erreicht werden. Die Ziele sollen „maßgeblich durch die Einbeziehung von Beschäftigten aus den betroffenen Bereichen und Experten“ erreicht werden.

Durch den Zielvereinbarungsprozess (ZVP) werden Effizienz, Strukturen, Produkte, aber auch die Kompetenzen der Beschäftigten kontinuierlich verbessert und weiterentwickelt. Zielvereinbarungen beinhalten auch Fragen der Arbeitssicherheit, der Gesundheitsförderung, der Ergonomie und der Qualifizierung und werden einvernehmlich getroffen. „Beschäftigte und Teams können ergänzende eigene Vorschläge für eine Zielvereinbarung formulieren“.

Die Vereinbarung zur Teamarbeit ersetzt die in den einzelnen Standorten bestehenden Vereinbarungen, in Braunschweig die Betriebsvereinbarung zur Gruppenarbeit. Damit wurde ein Kompromiss zwischen unterschiedlichen Vorgehensweisen der deutschen Volkswagen-Standorte gefunden. Hiernach sollen gleichrangig mit Unternehmenszielen die Mitarbeitermotivation und –zufriedenheit erhöht, die Eigenverantwortung gesteigert, die Zusammenarbeit der Teammitglieder untereinander optimiert, die Arbeitsprozesse weiter humanisiert, die Beschäftigung durch höhere Effizienz der Prozesse gesichert und die Beschäftigungsfähigkeit der Belegschaft weiterentwickelt werden. Teamzusammensetzung und –aufgaben sowie Rolle und Auswahl des Teamsprechers sind ebenfalls darin festgelegt.

Mit den einzelnen Punkten der Vereinbarungen wird sich die „Komponente“ in einer Extra-Ausgabe ausführlich auseinander setzen.

Am 22.11.07 fand zum Volkswagen-Weg eine Vertrauensleute-Vollversammlung statt, auf der von Seiten des Betriebsrates die Historie und die Eckpunkte der neuen Vereinbarungen vorgestellt wurden. Der Werkleiter Frank Fischer erläuterte Hintergrund und Zielsetzung des Volkswagen-Weges. Er verstehe den Prozess als gemeinsames Lernen am und im VW-Weg. Die Unterstützung des Vorstandes durch die Aufnahme des VW-Weges in die Strategie 2018 sei gesichert. Seiner Ansicht nach gibt es keine Verlierer in diesem Prozess. Die Diskussion machte deutlich, dass die gegenwärtige Arbeitsbelastung Umsetzungsmaßnahmen von KVPs, Gruppengespräche und Qualifizierungen häufig verhindert. Hier besteht Handlungsbedarf. Jetzt kommt es darauf an, sich mit den Vereinbarungen und Regelungen vertraut zu machen. Diese bieten eine gute Grundlage, unabhängig von Personen, den Prozess aktiv zu gestalten.

Mathias Möreke

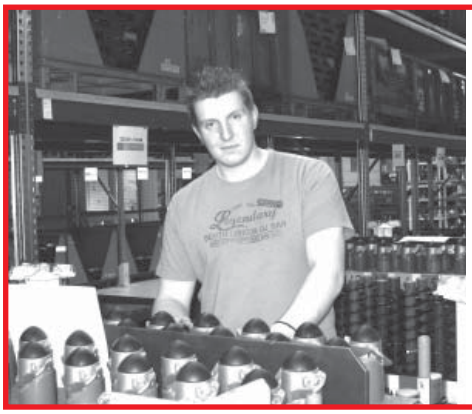
Entgeltgleichheit

In den letzten Monaten wird auch in Deutschland die Entgeltgleichheit von Frauen und Männern heftig diskutiert. Bereits 1975 legte die EU in der Richtlinie folgendes Niveau fest: „Artikel 1: Der im Artikel 119 des Vertrages genannte Grundsatz des gleichen Entgelts für Männer und Frauen im folgenden als „Grundsatz des gleichen Entgelts“ bezeichnet, bedeutet bei gleicher Arbeit oder bei einer Arbeit, die als gleichwertig anerkannt wird, die Beseitigung jeder Diskriminierung auf Grund des Geschlechtes in Bezug auf sämtliche Entgeltbestandteile und -bedingungen. Insbesondere muss dann, wenn zur Festlegung des Entgelts ein System beruflicher Einstufung verwendet wird, dieses System auf für männliche und weibliche Arbeitnehmer gemeinsamen Kriterien beruhen und so beschaffen sein, dass Diskriminierungen auf Grund des Geschlechts ausgeschlossen werden.

Weitere Entfristungen in den AutoVision-Projekten in Halle 30

Durch die Absicherung der AutoVision-Projekte am Standort Braunschweig (Fertigung Touran Vorder- und Hinterachse und Logistik Halle 30), konnten in 2007 weitere 14 befristete Arbeitsverträge der AutoVision-Beschäftigten in der Halle 30 entfristet werden. Dieses wurde in Verhandlungen mit den Verantwortlichen der AutoVision und dem AutoVision-Ausschuss des Betriebsrates erfolgreich umgesetzt. Damit endete für die Beschäftigten die Unsicherheit um ihren Arbeitsplatz. Mit der Einführung von JiS (Just in Sequenz) sind nach anfänglichen Schwierigkeiten die Prozesse in der Halle 30 verbessert und ausgebaut worden. Das war mit eine Voraussetzung, um die vorhandenen Arbeitsplätze zu sichern und weitere tarifvertragsgebundene Arbeitsverträge zu entfristen. Der Betriebsratsausschuss AutoVision wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass befristete Verträge entfristet und grundsätzlich unbefristete Arbeitsverträge mit der AutoVision abgeschlossen werden.

Fehmi Ham



Frage an Ingo Duderstadt, beschäftigt in der Halle 30, sein Vertrag wurde entfristet:

„Welche Bedeutung hatte für dich die Entfristung deines Arbeitsvertrages?“

„Ich habe vorher bei einem Leiharbeitgeber gearbeitet. Dort habe ich viel weniger verdient. Endlich kann ich, nachdem mein Vertrag entfristet wurde, meine Lebensplanung besser gestalten - auch mit dem Verdienst bei der AutoVision. Jetzt kann ich mir z. B. endlich ein Auto finanzieren, wenn ich will.“

Nächste Betriebsversammlung
27. Februar 2008
09.00 Uhr
Gast: Dr. J. Heizmann
Konzernvorstand Produktion

IG Metall-Arbeitskreis „Gewerkschaften und Gesellschaft“

Der letzte Termin in diesem Jahr:

12.12.2007 Landtagswahl 2008

Neu ab 2008 wird der Themenblock „Internationales“ sein. Die einzelnen Themen, die jeweils nach einem Termin abgeschlossen sind, werden noch bekannt gegeben. Termine des ersten Bildungshalbjahres 2008:

23.01.2008	19.03.2008
06.02.2008	02.04.2008
20.02.2008	16.04.2008
05.03.2008	30.04.2008

Der Arbeitskreis trifft sich jeweils von 16.30 - 18.00 Uhr im Gewerkschaftshaus, Erdgeschoss, Sitzungssaal, Wilhelmstraße 5, 38100 Braunschweig
Ansprechpartner sind Gregor Pollok,Tel. 05303/922777, und Norbert Stoltze, Tel. 0531/298-4374 oder norbert.stoltze@volkswagen.de.

Chancen für bessere Integration von Schwerbehinderten

Schwerbehinderten-Versammlung am 31.10.2007

Die erste Versammlung nach der Neuwahl der Schwerbehinderten-Vertretung zeigte die neuen betrieblichen Möglichkeiten für die Integration von Schwerbehinderten auf.
Der neugewählte Vertrauensmann Peter Foltenowitsch erläuterte in seinem Rechenschaftsbericht die Anforderungen an das Unternehmen, die sich aus den Änderungen des Sozialgesetzbuches und aus der neuen Integrations-Vereinbarung ergeben.
Er forderte den Arbeitgeber-Beauftragten des Unternehmens auf, ein Eingliederungsmanagement zu entwickeln und die Schwerbehinderten entsprechend zu berücksichtigen.
Ein weiterer Schwerpunkt war die Verschlechterung der Lage der Schwerbehinderten in unserer Gesellschaft. Heinrich Betz vom Betriebsrat ging auf die überdurchschnittlich hohe Zunahme der schwerbehinderten Arbeitslosen ein, Stefan Hölzer, Vertrauenskörperleiter, auf die unsoziale Heraufsetzung des Rentenalters.

(Bild v.l.n.r.: Gerrit Jahns, Silvia Kube,
die Auszubildenden David Weizen und Nico Lange,
Nadine Henn, Peter Foltenowitsch)

Als gemeinsamer Erfolg von Schwerbehinderten-, Jugend- und Auszubildenden-Vertretung und dem Bildungsausschuss des Betriebsrates wurde die Einstellung von zwei schwerbehinderten Auszubildenden gewertet.

Peter Foltenowitsch

Alle Auszubildenden treffen sich in Wolfsburg

Außerordentliche Jugendversammlung am 16. Januar 2008

Am 16.01.08 ist eine gemeinsame Jugendversammlung mit den 6 traditionellen VW-Standorten in Wolfsburg geplant. Sie wird eine Größenordung von ca. 2500 Kolleginnen und Kollegen umfassen. Ein großer Aufwand mit einem sehr großen Hintergrund. Die Jugendversammlung wird im Zusammenhang mit den bevorstehenden Landtagswahlen stehen. Denn mit der nonpd-Kampagne kämpfen wir unter anderem immer noch für das Verbot rechter Parteien. Aber auch die betrieblichen Themen werden nicht außen vor gelassen. Zur Tagesordnung gehören unter anderem Berichte der einzelnen Vorsitzenden der Jugend- und Auszubildendenvertretungen, der Bericht des Gesamtbetriebsratsbildungsausschusses sowie der Bericht der IG Metall. Als besondere Gäste erwarten wir den Gesamtbetriebsratsvorsitzenden Bernd Osterloh und Hartmut Meine, den Bezirksleiter der IG Metall. Im Anschluss der Versammlung wird es einen Demozug geben unter dem Motto: „Wer nicht wählen geht, wählt rechts!“

Nuray Tuna

Die für den 14.12.2007 geplante Jugend- und Auszubildenden-Versammlung ENTFÄLLT!!!

25 Jahre Kur

Ein großes

Am Familientag fanden zahlreiche Aktionen statt ►

Für Kinder wurde viel geboten:

◄ Malen ►

Frisby-Scheiben

Gesichts-bemalung

▲ ▼ Bullenreiten ▲

◄ In der Halle 20 konnten sich die Angehörigen die Arbeitsplätze und das Material Granulat ansehen.

In der Werktechnik wurden die Luftballons aufgeblasen ►

nststofftechnik
Familienfest

◄ Das junge Automobiltalent?

► Für Aufheiterung sorgten die Schauspieler Isi und Olli

◄ Abends gab es ein Oktoberfest-Zelt. Auch Freimuth „Hacki“ Schwarzkopf (li) und Sascha Wulsdorf (re) hatten viel Spaß.
Im Hintergrund ehemaliger KT-Leiter Hubert Adler und Meister Maik Hagedorn.

Reden zur Entwicklung der KT gehalten von Werkleiter Frank Fischer, PU-Leiter Adrian Kanschik und Betriebsratsvorsitzenden Uwe Fritsch ►

Und natürlich waren sich alle einig:
Plastik ist fantastisch! ▲

▲ Viele Lose wurden verkauft. Der Gewinn geht an die DRK-Kita „Die Okerpiraten“

.... und hier die glücklichen Gewinner eines Fahrrades ►

Nachwahlen in der Vertrauenskörperleitung

Jenni Kluk und Peter Kowollik sind neue Mitglieder

UMZUG

Die Geschäftsführung des Betriebsrates
sowie die
Schwerbehinderten-Vertretung
sind umgezogen.
Die Büros befinden sich jetzt im
Südrandbau, Sektor 8, 2. Obergeschoss.
Die Telefon/Faxnummern bleiben unverändert.

In der Vertrauenskörperleitung standen Nachwahlen an. Im Bereich ProduktEntstehungsProzess wurde

Peter Kowollik

und für die Jugend- und Auszubildenden-Vertretung

Jenni Kluk

gewählt.
Aus der VKL sind die Kollegin Jennifer Reupke und Johann Eden ausgeschieden. Vielen Dank für euren Einsatz!

Peter Kowollik

Das ist die Vertrauenskörperleitung

VK-Leiter
Stefan Hölzer Tel. 2526

Stellv. VK-Leiter
Klaus Samischka Tel. 2995/2648

Bereich Vorderachse/Kunststofftechnik
Haluk Cubuk Tel. 39278
Burkhard Garbe Tel. 39633

Bereich Hinterachse/Halle 30
Hans-Joachim Weber Tel. 2995
Dirk Scharringhausen Tel. 13513
Siegfried Ecke Tel. 13493

Bereich Lenkung/Dämpfer/Logistik
Frederic Brandes Tel. 4914
Gerd Naujoks Tel. 2318

Jenni Kluk

Bereich ProduktEntstehungsProzess
Klaus Samischka Tel. 2648
Peter Kowollik Tel. 2748

Bereich Service
Jürgen Schrader Tel. 2910
Eberhard Amelung Tel. 4338

Bereich Jugend
Jenni Kluk Tel. 2525

CINEMAXX
Braunschweig und Wolfsburg

Mitglieder der IG Metall erhalten gegen Vorlage ihres Ausweises zu allen Vorstellungen Tickets zum Aktionspreis von

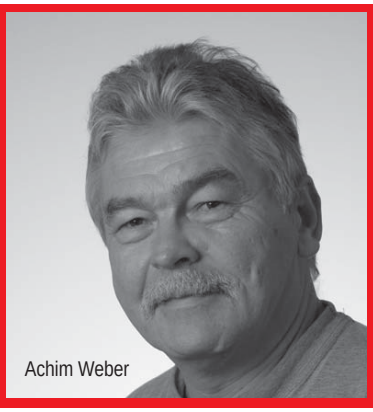
5,50 Euro

(zuzüglich eventueller Zuschläge bei Überlänge bzw. für Logenplatz)

Erw.Preise nach Wochentag	Normalpreis	Preis für IGM-Mitglieder
Mo, Mi, Do ganztags	6,50 Euro	**5,50 Euro**
Super Kino Dienstag	4,50 Euro	4,50 Euro
Fr bis So und Feiertag ganztags	7,20 Euro	**5,50 Euro**

„Die üblen Tricks der Hartz-IV-Schmarotzer“

Reiche werden reicher, Arme immer ärmer


Achim Weber

Mit Schlagworten wie „Sozialstaat lädt zur Selbstbedienung ein“ und „Mitnahmementalität“ versuchen die Massenmedien den Untergang unserer Sozialversicherungen und der Deutschen Wirtschaft einzuläuten.

Der Wohlfahrtsstaat ist zu teuer, heißt es. Die Bundesrepublik ist mit ihrer Freigiebigkeit finanziell überfordert.

Sieht man genauer hin, ist unser Staat keineswegs so großzügig wie von den Medien und von Teilen der Wirtschaft behauptet wird. Betrachtet man die Sozialleistungsgewährung der alten 15 EU-Staaten liegt die Bundesrepublik an Platz 8, also im unteren Mittelfeld.

Bereits durch die Sparpolitik von 1982 - 1998 und durch den Ausbau der sozialen Sicherungssysteme in anderen Wohlfahrtsstaaten fiel die Bundesrepublik unter das allgemeine OECD-Niveau. Aber den Rest gaben uns die letzten Jahre mit der Agenda 2010 und den Hartz-IV-Gesetzen.

Schon in den 70er- und 80er-Jahren baute man mit Schlagwörtern wie „Abzocker“, „Sozialschmarotzer“, „Parasiten“ Feindbilder auf. Zuerst waren es die Flüchtlinge, die zu „Asylmissbrauchern“ wurden. Art. 16 Abs.2 Satz 2 des Asylbewerberleistungsgesetzes wurde abgeschafft. Dann mussten die SozialhilfeempfängerInnen die Rolle des Sündenbocks übernehmen.

Zeitgleich fand ein Wechsel in den Massenmedien statt. Der vorbildliche Modellfall eines Wohlfahrtsstaats galt nun als historisches Auslaufmodell. Dieser Staat sei so nicht mehr finanzierbar, sei zu teuer. Richtig ist: Diese Gesellschaft ist so reich wie nie zuvor, und die Sozialleistungen der Sozialversicherungen, gemessen am Bruttoinlandsprodukt sind keinesfalls gestiegen!

JournalistenInnen benutzen zum Teil Begriffe wie „Sozialkriminalität“ oder „Selbstbedienungsladen für Arbeitsscheue“, um diesen Wohlfahrtsstaat zu skandalisieren, anstatt die soziale und kulturelle Bedeutung zu würdigen.

Untermauert wird diese Diskreditierung mit spektakulären Fällen, wohlgemerkt Einzelfällen wie „Florida-Rolf“, “Viagra-Kalle“. Die Bedeutung der „Wohlfahrt“ für Arbeitslose, Arme, Alte, Kranke, Behinderte, Pflegebedürftige und andere Benachteiligte wird dabei nicht thematisiert.

Nächstes Thema Renten. Auch hier wird dem Bundesbürger mit Schlagworten wie „Demographie! Fallbeil für die deutsche Wirtschaft“ der Untergang aller sozialen Systeme suggeriert. Fakt ist, dass die Rentensicherheit keine Frage der Biologie ist (wie alt ist die Bevölkerung). Vielmehr ist das eine Frage der Ökonomie (wie groß ist der erwirtschaftete Reichtum) und der Politik (wie wird dieser Reichtum auf Klassen, Schichten und Altersgruppen verteilt).

Nach Meinung neoliberaler Politiker und Journalisten muss der „Sozialstaat“ infolge verschärfter Weltmarktkonkurrenz verschlankt werden. Dabei wird außer Betracht gelassen, dass alle führenden Volkswirtschaften mehr oder weniger entwickelte Wohlfahrtsstaaten sind.

Fazit ist also: Nicht die Natur bestimmt die Entwicklung einer sozialen Gesellschaft, sondern handelnde Personen. Achim Weber

Deutschland unter der Käseglocke ...

oder warum der Mindestlohn tabu ist!

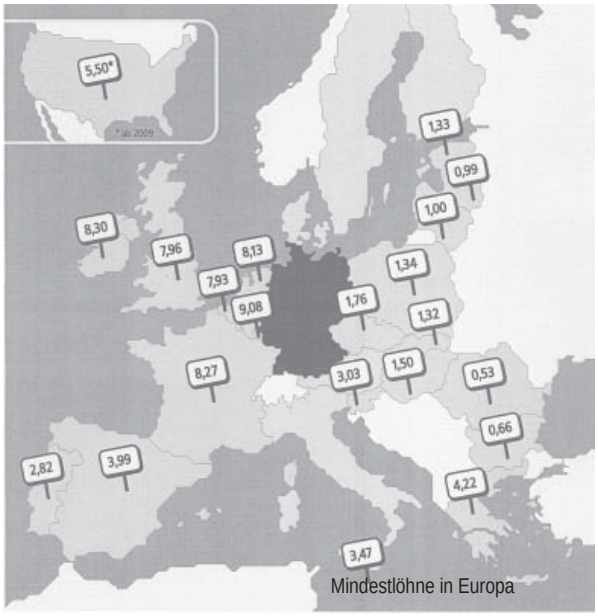
Auf welche Normen stützt sich die Forderung nach einem Mindestlohn:

- Europäische Sozialcharta von 1961, die immer noch Bestand hat. Dort steht: Kein Lohn unter 60 % des Netto-Durchschnittslohns. Diese Charta ist von Deutschland ratifiziert (bestätigt, genehmigt) worden.
- EU-Sozialcharta von 1989: Gemeinschaftscharta der Grundrechte der Arbeitnehmer, Artikel 1, Abs. 5: Gerechtes Arbeitsentgelt für angemessenen Lebensstandard sichern.
- EU-Kommission und EU-Parlament im Jahr 1993: Sicherstellung von angemessenen Arbeitsentgelten und MINDESTLÖHNEN.
- Ähnliche nationale Normen sind in den Landesverfassungen der Bundesländer von Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen enthalten.

In Deutschland gibt es also keinen gesetzlichen Mindestlohn und damit hat dieses Land eine Ausnahmestellung in der EU eingenommen (siehe Illustration). Selbst in den USA gibt es einen Mindestlohn.

Die Politiker, die den Mindestlohn ablehnen, handeln gegen schon längst festgelegte Normen (siehe Kasten).

Bei den Diskussionen haben wir immer wieder das Argument der Wirtschaftsvertreter in den Ohren, dass damit Arbeitsplätze VERNICHTET werden und der Aufschwung ZERSTÖRT würde.



Mindestlöhne in Europa

Am Beispiel Großbritannien wird deutlich, dass die Aussagen keinen Fakten entspringen, sondern politisch motiviert sind. Dort wurde 1999 der Mindestlohn eingeführt und ist zu einem Erfolgsmodell geworden, ohne „Zerstörung und Vernichtung“ von Arbeitsplätzen. Die Arbeitslosenquote sank 1999 bis 2005 von 5,9 auf 4,7 %. 2007 wurde der Mindestlohn wieder erhöht auf 7,96 Euro.

Die Armutslohnschwelle liegt bei 50 % des durchschnittlichen Bruttolohns. Das wären in Deutschland auf der Basis einer 38,5-Stunden-Woche 1.470,00 Euro brutto und damit 8,80 Euro pro Stunde. Der geforderte Mindestlohn der Gewerkschaften beläuft sich auf 7,50 Euro die Stunde und nicht mal die werden unseren Kolleginnen und Kollegen in Deutschland gesetzlich zugesichert.

Bei den Diskussionen um den gesetzlichen Mindestlohn haben diese Argumente nie den Weg an das öffentliche Ohr geschafft. Warum?

Einige Fragen müssen wir uns stellen. Wollen wir den Mindestlohn? Wollen wir, dass der Druck auf unsere Löhne und Gehälter nachlässt? ... und was wollen wir dafür tun?

Informationen waren schon immer ein wertvolles Gut. Wer nichts weiß, muss viel Glauben und das wissen diejenigen, die den Mindestlohn verhindern wollen.

Haluk Cubuk

SEMINARE

„Moderne Zeiten - leben und arbeiten heute“

Die Seminare finden in der Heimvolkshochschule Hustedt statt. Die Teilnahme ist für IG Metall-Mitglieder kostenfrei. Anmeldungen und Infos im VKL-Büro bei Klaus Samischka unter Tel. 2995!

Die Termine:
10.02. bis 15.02.2008
13.04. bis 18.04.2008
01.06. bis 06.06.2008
12.10. bis 17.10.2008 in Springe mit Kinderbetreuung
26.10. bis 31.10.2008
30.11. bis 05.12.2008

„ArbeitnehmerInnen in Betrieb, Wirtschaft und Gesellschaft“

Grundlagen-Seminar nur für IG-Metall-Vertrauensleute

Anmeldungen und Infos im VKL-Büro bei Klaus Samischka unter Tel. 2995!

Die Termine:

01.06. bis 06.06.2008	Göhrde
08.06. bis 13.06.2008	Hustedt
29.06. bis 04.07.2008	Springe
19.10. bis 24.10.2008	Springe mit Kinderbetreuung
26.10. bis 31.10.2008	Springe
30.11. bis 05.12.2008	Hustedt

Zukunft braucht Gerechtigkeit

21. IG Metall-Gewerkschaftstag in Leipzig

Die Braunschweiger IG Metaller haben sich in Leipzig gut präsentiert: Mit Infoständen zum Volkswagen-Weg und zum NPD-Verbot. Wir haben den neuen Vorstand gewählt. Diskussionsbeiträge gab es von uns zu den Themen:

- Arbeitszeit
- Leiharbeit
- Tarif Fläche/Betrieb (hier gab es die meisten Redebeiträge!)
- Rente 67
- Mindestlohn

Ein von uns gestellter Initiativantrag zum Thema Mitbestimmung (siehe Kasten) wurde einstimmig beschlossen. Außerdem wurde ein Antrag des VK-Leiters von Volkswagen Wolfsburg zur Anpassung des VW-Gesetzes verabschiedet.

Auf dem Gewerkschaftstag wurde die Politik der IG Metall für die nächsten 4 Jahre festgelegt. Es gibt keine Abkehr von der 35-Stunden-Woche, auch wenn die meisten Medien es gerne so gedreht hätten. Die IG Metall bleibt bei dieser Regelarbeitszeit in den Flächentarifverträgen. Der neu gewählte Vorsitzende Berthold Huber hat dies auf einer Pressekonferenz noch mal klargestellt. Er hat auf die tatsächlichen Arbeitszeiten hingewiesen und damit ein wesentliches betriebliches Handlungsfeld für die IG Metall aufgezeigt. Es kommt darauf an, auf betrieblicher Ebene der Aushöhlung der Tarifverträge entgegen zu treten und dabei die unterschiedlichen Interessen verschiedener Beschäftigtengruppen an der Gestaltung ihrer Arbeitszeit mit entsprechender Vergütung im Auge zu behalten. Hier sieht er die große Verantwortung der IG Metall im Betrieb.

Der Gewerkschaftstag beschloss, Initiativen einzuleiten

- gegen Rente mit 67, für Fortführung der Altersteilzeit
- für Begrenzung der Leiharbeit (Anwendung der Tarifverträge des Entleihbetriebes, gleicher Lohn für gleiche Arbeit)
- Fortsetzung der Aktion „Gute Arbeit“
- für den Erhalt der Flächentarife

Diese Themen haben direkte Auswirkungen auf unsere Arbeitsbedingungen und Tarifverträge. Sie müssen deshalb auch im Betrieb thematisiert und bekämpft werden. Fred Feige

Initiativantrag Nr 5.I02
Antragsteller Fred Feige

Mitbestimmung wahren, SE-Gründungen im Vorstand der IG Metall vorab beraten

Der 21. Gewerkschaftstag möge beschließen: Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, bei SE-Gründungen ein Koordinationsverfahren abzustimmen, nach dem die Mitbestimmungsvereinbarungen im Vorstand vor der Gründung diskutiert und beraten werden. Grundlage sind hierbei die bestehenden Mindeststandards des EMB und der IG Metall.

Beschluss: einstimmig angenommen

Arbeitsplatzkataster bis Ende November abgeschlossen

Wie geht es weiter mit den festgestellten Belastungen an den Arbeitsplätzen?

Bis Ende November sind alle Belastungen an jedem einzelnen Arbeitsplatz im direkten Bereich aufgenommen und als rote, gelbe oder grüne Ampeln vermerkt. Bis Ende des Jahres wird eine Übersicht erstellt, damit Anfang 2008 mit der Beseitigung der festgestellten Belastungen begonnen werden kann. Vereinbarungsgemäß sollen noch bis zum Ende des Jubiläumsjahres möglichst alle roten Ampeln verschwunden sein. Nach der Umsetzung müssen dann alle Arbeitsplätze noch einmal aufgenommen werden, damit festgestellt werden kann, ob die ergriffenen Maßnahmen auch den gewünschten Entlastungseffekt gebracht haben. Viel Arbeit steht an, die sich aber hoffentlich langfristig in der Gesundheit der Kolleginnen und Kollegen niederschlägt. Daniela Nowak

▲ Die Countdown-Uhr hängt jetzt in der Kantine. Tage, Stunden, Minuten und Sekunden bis zum Tag der offenen Tür am 14.09.2008

Halle 31 soll Standards setzen

Bei der Planung auch Gesundheit und Sozialeinrichtungen berücksichtigen

Mängel, die sich bei der Halle 30 gezeigt haben, sollen sich beim Bau der Halle 31 nicht wiederholen. Die Aufgaben, die gelöst werden müssen, sind klar:

- Warmversorgung für Halle 30/31
- Zentrale Vorsorgungsshops (Automaten)
- Zentrale Toiletten
- Arbeitsplatznahe Pausen- und Gruppenräume
- Gute Klimatisierung
- Lerninseln
- Ausreichende Besetzung der Werksicherheit für Halle 30/31
- Betreuung durch den Gesundheitsschutz für Halle 30/31
- Gesundheitsförderliche, ergonomische Arbeitsplätze in der Halle und den Büros
- Emissionsarme Fertigung
- Umsetzung aller Standards des Volkswagen-Weges

Die Planung von Sozialeinrichtungen und gesundheitsförderlichen Arbeitsplätzen muss bei einer Großinvestition den gleichen Stellenwert einnehmen wie die Planung einer produktiven Fertigung. Die Umsetzung sollte nicht an Kosten scheitern und trotz eines knappen Zeitplans angegangen werden. Soviel Zeit muss sein, um die Gesundheit der Beschäftigten zu schützen! Norbert Stoltze

Internet-Seiten der IG Metall neu gestaltet

Die Internetseiten der IG Metallerinnen und IG Metaller von Volkswagen Braunschweig sind ab Januar 2008 neu gestaltet. Daran waren Vertrauensleute wesentlich beteiligt. Ihr findet die Seiten weiterhin unter der bekannten Adresse

http://volkswagen.igm-bs.de

V.i.S.d.P.: Detlef Kunkel, 1. Bevollmächtigter IG Metall Verwaltungsstelle Braunschweig ▪ Kernredaktion: Heinrich Betz, Stefan Hölzer, Norbert Staubmann, Jürgen Schrader ▪ Koordination/Gestaltung: Iris Wagenknecht, Angela Beutler ▪ Mitgewirkt haben: Daniela Nowak, Nuray Tuna, Mathias Möreke, Fehmi Ham, Norbert Stoltze, Peter Foltenowitsch, Michael Kothe, Volkmar Ducke, Achim Weber, Haluk Cubuk, Fred Feige ▪ Kontakt: vkl-vwbs@igm-bs.de oder betriebsrat.braunschweig@volkswagen.de ▪ Redaktionsschluss: 26.11.2007

IMPSUM